

Professor Danuta HÜBNER

European Commissioner for Regional Policy

Treffen mit den für Europa zuständigen Ministern der Länder

Berlin, 6. November 2008, 10.30h

Sehr geehrte Frauen und Herren Minister,

zunächst möchte ich mich für die Einladung zu Ihrer Konferenz herzlich bedanken. Ich freue mich, dass Sie diese Sitzung der Zukunft der Kohäsionspolitik gewidmet haben. Die Planung ist in der Tat exzellent, da wir uns mitten in der Debatte über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik befinden. Ich möchte Sie zunächst über den Stand der Diskussion informieren und über die nächsten von uns geplanten Schritte. Anschließend stehe ich Ihnen gerne für Ihre Fragen Rede und Antwort.

Was ist der Stand der Debatte?

Erstens gibt es mittlerweile einen breiten Konsens, dass die Kohäsionspolitik die wichtigste Investitionspolitik der Gemeinschaft ist. Mehr als jede andere Gemeinschaftspolitik eröffnet uns die Kohäsionspolitik die Möglichkeit, nicht nur die Herausforderungen von heute sondern auch die von morgen anzugehen.

Die Fähigkeiten, die Arbeitnehmer im Rahmen unserer Förderprojekte erwerben, werden ihnen ein Leben lang dienlich sein. Den Auf- und Ausbau von Netzwerken zur Förderung von Forschung und Innovation, den wir unterstützen, wird zur Schaffung von Unternehmen und Arbeitsplätzen beisteuern. Die Infrastrukturprojekte, die wir in den Bereichen Verkehr, Umwelt oder Energie fördern, werden uns alle überdauern und zum Wohl unserer Kinder beitragen.

Kurz gesagt trägt die Kohäsionspolitik entscheidend dazu bei, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung in Europa zu fördern. Dies trifft sowohl in guten Zeiten wie in schlechten Zeiten zu. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise ist die Kohäsionspolitik aber bedeutender denn je. Als einzige Politik bietet sie den Regionen Europas einen mehrjährigen stabilen Finanzrahmen, um wichtige Investitionen in Forschung, Innovation und Ausbildung langfristig aufrechtzuerhalten. Dies ist gerade vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Haushalte und einer restriktiven Kreditvergabe durch den Bankensektor von entscheidender Bedeutung.

Doch der Mehrwert der Kohäsionspolitik geht weit über wirtschaftliche Effekte hinaus. So trägt sie auch zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen bei. Sie fördert die Partnerschaft und Zusammenarbeit aller betroffenen Akteure vor Ort. Und nicht zuletzt unterstützt sie den grenzüberschreitenden Austausch und die Verbreitung von vorbildlichen Ideen und Praktiken. All dies bestärkt mich in meiner Auffassung, dass die Kohäsionspolitik künftig weiterhin alle Regionen umfassen muss, und nicht nur die ärmsten der Union. Dies bedeutet, dass sowohl der Westen als auch der Osten Deutschlands künftig von der Kohäsionspolitik profitieren sollte. Ich freue mich, dass die Bundesländer diese Auffassung teilen und möchte Sie bitten, sich weiterhin dafür einzusetzen.

Zweitens steht außer Frage, dass die Kohäsionspolitik beträchtliche Erfolge in den letzten 20 Jahren geliefert hat:

- Griechenland, Spanien, Irland und Portugal - die größten Nutznießer der Kohäsionspolitik in den letzten Jahren - haben ein beachtliches Wirtschaftswachstum erzielt. Zwischen 1995 und 2005 verringerte Griechenland sein Wohlstandsgefälle zum Rest der EU-27 von 74% auf 88% des durchschnittlichen BIP pro Kopf. Im gleichen Zeitraum kletterte Spanien von 91% bis 102% und Irland erreichte 145% von einem ursprünglichen Niveau von 102%.
- Einen Prozess zur Konvergenz ist auch auf regionaler Ebene erkennbar: Zwischen 1995 und 2004 fiel die Zahl der Regionen mit einem BIP pro Kopf unterhalb 75% des EU-Durchschnitts von 78 bis 70, und die Anzahl jener unterhalb 50% des EU-Durchschnitts ging von 39 auf 32 zurück.

Dennoch müssen wir uns der Frage stellen, ob und wie wir die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik verbessern können. Dies ist alles andere als einfach. Die Effekte der Kohäsionspolitik lassen sich nicht isoliert von der ökonomischen Entwicklung und den Auswirkungen anderer nationaler und gemeinschaftlicher Politiken betrachten. Zudem muss der Aufwand bei der Evaluierung in angemessenem Verhältnis zu dem erwarteten Nutzen stehen.

Drittens müssen wir den Verwaltungs- und Kontrollaufwand bei der Umsetzung der Förderprojekte verringern. Mir sind die Sorgen über die Arbeitsbelastung, die mit Kontrollanforderungen verbunden sind, sehr wohl bekannt. Viele von Ihnen haben auf ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen einer effizienten Verwendung der

Fördergelder einerseits und dem Risiko eines unbegründeten Verwaltungsaufwands andererseits hingewiesen.

Mit Blick auf den Zeitraum 2007-2013 haben wir bereits wichtige Maßnahmen ergriffen, um die Verwaltung der Kohäsionsprogramme zu vereinfachen. So treten beispielsweise nationale Regeln zur Förderfähigkeit weitgehend an die Stelle von Gemeinschaftsvorschriften. Außerdem gibt es eine Verpflichtung zu mehr Transparenz und Kommunikation. Ich hoffe, dass diese Änderungen schon bald auszahlen und für weniger Verwaltungsaufwand sorgen werden.

Darüber hinaus habe ich meine Mitarbeiter beauftragt, gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort, eine ausführliche Analyse der Verwaltungs- und Kontrollsysteme und ihrer Kosten vorzunehmen. Wir wollen herausfinden, wo genau die Verwaltungsprobleme in den verschiedenen Mitgliedstaaten liegen und welche Verbesserungen zu erzielen sind. Ich möchte Sie dazu einladen, uns bei dieser Arbeit mit konkreten Informationen und Beispielen zu unterstützen.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass es sich bei den Fördermitteln um europäische Steuergelder handelt. Alle Interventionen müssen daher den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung folgen und solider Kontrolle unterliegen. Gleichzeitig darf es aber nicht so viel Bürokratie geben, dass eine effiziente und wirksame Verwendung der Fördergelder verhindert wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist meine feste Überzeugung, dass wir den neuen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht nur mit flexiblen und integrierten Ansätzen entgegen können. Unsere Antworten müssen vorausschauend sein und traditionelle Grenzen und Sektoren überschreiten.

Dabei spielt die regionale und lokale Ebene eine immer wichtigere Rolle. Denn in den Regionen lassen sich Allianzen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zielgerecht schmieden, aus denen neue Produkte und neue Märkte entstehen. Die Regionen sind somit die Motoren für innovatives Wachstum, mit deren Hilfe wir Europa wettbewerbsfähiger machen können.

Dies ist einer der Gründe, warum wir die territoriale Dimension in der Kohäsionspolitik ausbauen wollen. Indem wir die territoriale Vielfalt und das Potenzial unserer Regionen fördern, stärken wir Wachstum und Zusammenhalt in Europa. Und nicht zuletzt bringen wir dadurch unseren Bürgern die EU und ihre Politiken näher.

Um die Diskussion zu unterfüttern, haben wir vor wenigen Wochen ein Grünbuch vorgelegt. Ziel dieser Debatte ist, ein besseres Verständnis zu erzielen, wie das Konzept des territorialen Zusammenhalts auf europäischer und nationaler Ebene verstanden wird und mit welchen Zielen und Mitteln wir dieses Konzept in der Zukunft weiter verfolgen sollen.

Es geht dabei nicht darum, die Förderkulisse oder –kriterien der Kohäsionspolitik zu ändern. Es geht vielmehr darum, praktische Probleme zu überwinden. Ein Beispiel: Umweltprobleme im Zusammenhang mit Klimawandel, Überschwemmungen, Verlust an biologischer Vielfalt oder Pendlerverkehr machen nicht vor Grenzen halt. Es bedarf daher einer besseren Zusammenarbeit über administrative Grenzen hinweg, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Wie können wir vor diesem Hintergrund unsere Programme zur grenzüberschreitenden Kooperation neu ausrichten, um diesen neuen Herausforderungen besser Rechnung zu tragen?

Darüber hinaus werden wir in wenigen Tagen eine Analyse über die Auswirkung der neuen Herausforderungen (Globalisierung, Demographischer Wandel, Klimawandel, Energiesicherheit) auf europäische Regionen im Zeitraum bis 2020 herausgeben. Wir wollen aufzeigen, wie verwundbar Europas Regionen gegenüber diesen Herausforderungen sind und inwieweit diese Herausforderungen bestehende Entwicklungsunterschiede verstärken.

Beide Dokumente werden von den EU-Ministern für Raumplanung und regionale Entwicklung auf ihrer informellen Tagung Ende November in Marseille besprochen. Außerdem haben wir eine öffentliche Konsultation zu unserem Grünbuch gestartet. Ich hoffe, dass Sie sich daran beteiligen werden.

Für Anfang 2009 erwarte ich darüber hinaus die Vorlage eines Berichts einer unabhängigen Expertengruppe. Sie soll Vorschläge

unterbreiten, wie wir die Kohäsionspolitik effizienter und weniger bürokratisch machen können.

Auf diesen Überlegungen aufbauend werde ich im Frühjahr 2009 meine eigenen Ideen zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013 vorlegen.

Ich stehe Ihnen nun gerne für Ihre Fragen zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!